

Zwischen „Helfern“ und „Patienten“

Yaron Matras

In AK 302 äußerten sich die AG Ausländer und W.P. zu dem in AK 301 erschienenen Artikel „Verkrampfter Antirassismus“, in dem sich Yaron Matras mit der Solidaritätsbewegung für die von Abschiebung bedrohten Roma-Familien in Hamburg auseinandersetzte. Hier seine Antwort.

Beide bestreiten die von mir vertretene Version, wonach die Familie Adzovic die Häuser der Hafenstraße unter Verweis auf die Israel-Boycott-Parole verließ, weil sie sich von ihr gestört und beleidigt fühlte, und wonach sie sich auch später weigerte, dorthin zurückzukehren, nicht zuletzt wegen der gelegentlichen Präsenz von Photographen und vermutlich auch von Polizeibeamten in den Häusern. Die Gegenversion — soweit sich eine solche herauslesen läßt — lautet: Der Grund für den Auszug sei vielmehr die Angst vor dem Verstecktsein sowie die (erwähnte) Präsenz von Polizei und Springerpresse gewesen (AG-Ausländer); oder möglicherweise („Mutmaßungen“) sei der Auszug auf den Einfluß der RCU (Rom und Cinti Union) zurückzuführen, die versucht habe, eine eigene, andere Strategie zu verfolgen, in der der „Hafen“ keine Rolle mehr spielen sollte (W.P.).

Die Parole — da sind sich die Empörten einig — sei lediglich als „Begründung“ benutzt worden, um über die „wahren Gründe“ im Solidaritätsbündnis (Hafenstraße, einige GALierInnen, u.a.) nicht diskutieren zu müssen. Der Umgang des Bündnisses mit diesem Problem kam auf der Veranstaltung in der „Fabrik“ und in Gesprächen zum Ausdruck. Daß ich mir diesen Umgang zum Anlaß nahm, über einen „verkrampften Antirassismus“ in eben diesen Kreisen zu schreiben, fanden nun die beiden Autoren besonders ge-

RCU — einer autonomen Organisation, die das Vertrauen einiger Tausende in Hamburg lebender Zigeuner genießt —, die nicht vor dem Hafen-„Plenum“ diskutiert worden waren, nahmen die BündnispartnerInnen mit tiefstem Mißtrauen entgegen. Andererseits soll ohne Beteiligung der RCU oder der betroffenen Familien über Aktionen — beispielsweise über die von der AG-Ausländer erwähnte Kundgebung vor der Ausländerbehörde oder über Presseerklärungen — beraten und beschlossen worden sein.

Selbst zu den Dolmetschern der RCU, die sich mit der Familie Adzovic in ihrer Muttersprache — Romanes — unterhielten, hatten die HelferInnen und UnterstützerInnen kein Vertrauen. Während die Zigeuner seit Jahren die Anerkennung ihrer Sprache bei Behörden und vor Gerichten fordern, war dies für die BündnispartnerInnen offensichtlich kein Bereich, der unter das Motto „selbstbestimmtes Leben“ fällt: sie brachten ihre eigenen Dolmetscher mit, die es auf Italienisch und Serbokroatisch versuchten. So kommt es, daß die Rom und Cinti Union nach mehreren Versuchen zur Zusammenarbeit mit dem Bündnis sich müde, frustriert und erniedrigt fühlte und schließlich dazu bereit war, sich aus diesem „Bündnis“ zurückzuziehen.

Schuldzuweisungen

Doch diese Problematik ist beiden Kritikern kaum eine Zeile wert; stattdessen wählen sie in ihren Texten eine recht platte Angriffsstrategie an, die darin besteht, a) mich als Beobachter zu *disqualifizieren* und so meine Argumente abzutun, b) mit *Schuldzuweisungen* — vor allem gegen die Rom und Cinti Union — um sich

die Familie Adzovic war also der Lust bereitwilliger Beschützer — ob im Hafen, in Kirchengemeinden, oder anderer — bzw. der Gnade der Behörden Täter ausgeliefert, sondern „das Bündnis und der Hafen“ der RCU ...

Denn frecherweise wollten die Zigeuner mitreden, und zwar über ihre Angelegenheiten, von denen sie jedoch — es seien schließlich keine Linken — wenig verstanden. So lautet eine von W.P.s „Mutmaßungen“ über den Grund für den Auszug aus dem Hafen: „*gefiel es der — sicherlich nicht linksradikalen — RCU (Rom und Cinti Union) nicht, daß die Familie bei den ‚Chaoten‘ untergebracht ist?*“ Merke: wer nicht linksradikal ist, verwendet auch Springervokabular! Und weiter heißt es: „*Hier wurden politische Machtstrukturen gegen Solidarität ausgespielt! Und hier ist die RCU ganz klar führend gewesen.*“ Als Fazit bleibt für ihn: Wenn andere, die nicht zu uns gehören und nicht unsere Ideologien und Sichtweisen teilen, unsere Solidarität „genießen“ wollen, so haben sie sich gefälligst unseren Prioritäten und Analysen der Fronten unterzuordnen, und nicht eigene Initiativen zu ergreifen.

„Trotzdem ist von der RCU ... der Wunsch für ein Bündnis geäußert worden. Nur ist Solidarität eine Bedingung für ein solches Bündnis, und nicht die Politik der Täuschung und des Taktierens.“ Was hier „Taktieren“ genannt wird, ist der Versuch der Familie, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um am Leben zum bleiben. „Täuschung“ bezieht sich auf das autonome Handeln der Roma, die nicht so sind, wie W.P. sie gerne haben möchte („sicher nicht linksradikal“), und ab und zu die Frechheit besitzen, sich selber um Unterstützung zu bemühen und Presseerklärungen herauszugeben, ohne um Erlaubnis zu bitten. Daß die Roma

sismus oder ähnlichem erklärt werden“ kommen sie der Beschuldigung zuvor. Und W.P. weiß auch „*daß der Hafenstraße nicht so schnell der schwarze Peter zugespült werden kann. Nur TAZ und Y.M. versuchen dies.*“ Fühlen sich also Nicht-Deutsche überrollt, dominiert, durch den sturen Stil des Beschützerspektrums erniedrigt und zur Anpassung gezwungen, versuchen sie, diese Probleme zur Sprache zu bringen oder alternativ dazu selbst zu agieren, wie sie es für richtig halten — all dies gilt für unsere BündnispartnerInnen lediglich als ein untreues „Taktieren“, das die Solidarität spaltet. Mein Beitrag, in dem ich einen solchen Konflikt zu thematisieren versuchte, sei — da sind sich beide Schreiber einig — für sie nicht hilfreich. Ich wage aber zu behaupten, daß die gesamte Erfahrung samt Diskussion für nicht-deutsche Minderheiten in ähnlichen Zusammenhängen und Bündnissen äußerst lehrreich ist.

Um nur einen Eindruck zu geben, wie verbreitet die Konflikte auf der „nationalen“ Achse in der bundesdeutschen Antirassismus-Szene sind, sei auf folgende Ergebnisse der letzten Monate hingewiesen: Nach wiederholten Versuchen, in der Fachgruppe Immigranten und Flüchtlinge der GAL-Hamburg eine Antirassismus-Politik nach eigenen Vorstellungen mitzugestalten, entschloß sich im Mai letzten Jahres knapp die Hälfte der Teilnehmer der Gruppe — bis auf einen, alle Nicht-Deutsche — einen eigenen Diskussionskreis zu gründen. Im Oktober fand in Düsseldorf ein bundesweites Treffen der Flüchtlingsgruppen statt, das diesmal von (deutschen) Frauengruppen zum Thema „Frauen auf der Flucht“ organisiert wurde. Am zweiten Tag endete das Treffen mit einem Eklat: Gruppen von afrikanischen, iranischen und anderen nicht-

standen neue Initiativen, neue Zusammenkünfte und neue Erfahrungen. Es ist sicherlich nicht das Ideale, Deutsche aus schließen zu müssen, und es ist meines Erachtens auch keine Bedingung, um selbst handeln zu können. Die Geschichte hat allerdings gezeigt, daß keine unterdrückte Gruppe auf das Handeln der herrschenden Gruppe warten kann — weder Schwarze auf Weiße, noch Palästinenser auf israelische Linke, noch Frauen auf emanzipierte linke Männer, noch Studenten auf Professoren —, sondern daß all diese Gruppen erstmal einen „Freiraum“ brauchen.

Die kulturelle Überheblichkeit thematisieren, um multikulturell zu handeln

Es wird keine konfliktfreie Zusammenarbeit geben können, bis die einzelnen Mechanismen der Ausgrenzung auch innerhalb dieser Bündnisse explizit thematisiert werden. Dazu gehört der latente Rassismus, zumindest die kulturelle Überheblichkeit, auch unter Linken. Ein Spektrum, wie das der Hafenstraße, das erst vor zwei Monaten entdeckt hat, daß es in diesem Land nicht-deutsche Minderheiten gibt — bis dahin war man gewöhnt, das Wort „Rassismus“ nur im Zusammenhang von Südafrika und Palästina zu artikulieren —, ein solches Bündnis ist noch nicht fähig, multikulturell zu handeln.

Und multikulturell ist hier das entscheidende Stichwort, denn um gegen den Staat antirassistisch zu handeln, muß sich die Solidaritätsbewegung selber eine antirassistische Lebensweise aneignen. Sie muß die Bevormundung der Minderheiten unterlassen und sie als gleichberech-